



Wo die nächsten Konfliktlinien in der Klimadebatte verlaufen

Die Ratifizierung des Pariser Klimavertrags ging leicht durchs Parlament - das dazugehörige Gesetz hat aber einige Knackpunkte.

Martin Läubli

Mit dem positiven Entscheid von Ständerat und Nationalrat zum Pariser Klimaabkommen ist die Phase der nächsten grossen Klimadebatte lanciert. Das im Vorfeld der Klimakonferenz angekündigte Reduktionsziel für die Treibhausgase in der Schweiz ist international festgelegt: Bis 2030 sollen die Emissionen um 50 Prozent unter das Niveau von 1990 sinken. Nun gilt es aber, mit einer Totalrevision des CO₂-Gesetzes Klimaziele und die entsprechenden Massnahmen auch in der nationalen Gesetzgebung festzuschreiben. Dabei gibt es drei Knackpunkte, die im Parlament besonders zu reden geben werden:

● **Reduktionsziel:** Gemäss der Vorlage des Bundesrats dürfen maximal 20 Prozent der Gesamtreduktion im Ausland realisiert werden, entweder durch Klimaprojekte oder durch den Kauf von Emissionsrechten auf dem europäischen Emissionsmarkt. Mit diesem Punkt sind, abgesehen von der CVP, alle politischen Lager unzufrieden. Die SVP lehnt als einzige Partei die gesamte Totalrevision ab. Sie führe zu «Mehrkosten, höheren Abgaben und Gebühren

und einer Einschränkung der Freiheit», schreibt die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort zum CO₂-Gesetz. Deshalb gibt es in der SVP Überlegungen, die Umsetzung des CO₂-Gesetzes mit einem Referendum zu bekämpfen. Einen eigenen Vorschlag bleibt die Partei allerdings schuldig.

Die FDP steht hinter dem Klimagesamtziel des Bundesrats, will jedoch keine Inland- bzw. Auslandquoten. «Komplett flexibel und möglichst kostengünstig» sollen die Reduktionsmass-

nahmen sein. Mit jedem Franken soll der grösstmögliche Klimaeffekt erzielt werden, was übersetzt heisst: Man will die Treibhausgase vor allem im Ausland reduzieren. Damit ist der Freisinn auf der Linie des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse, der ein Inlandziel ablehnt.

Anders sehen das die Grünen: Für sie geht das Ziel des Bundesrats zu wenig weit. So lassen sie ein Paket an Vorstössen folgen. Sie fordern zum Beispiel eine CO₂-Abgabe auf Importprodukte aus den USA. Bereits eingereicht ist eine Motion, welche ab 2025 die Zulassung neuer Autos mit Verbrennungsmotoren verbieten will. Die Grünliberalen geben zu bedenken, dass es immer schwieriger werde, im Ausland anrechenbare Klimaprojekte zu verwirklichen, wenn alle Vertragsstaaten strikte die Ziele des Pariser Klimaabkommens verfolgten. Es sei deshalb ratsam, im eigenen Land vorwärtszumachen.

Auch die Umweltorganisationen fordern eine Verschärfung des Inlandziels.

Das kleinere Pendant zu Economiesuisse, der Wirtschaftsverband Swisscleantech, hat seine eigenen Berechnungen gemacht und ist überzeugt, dass die Schweiz bis 2030 im Inland 40 Prozent der Treibhausgase reduzieren könnte. Strengere Ziele verlangen auch WWF und Greenpeace. Sie alle können sich auf die Wissenschaften berufen: Die Akademien der Wissenschaft Schweiz empfehlen dringend eine CO₂-Reduktion von mindestens 40 Prozent im Inland. Vor allem müsse die Sanierung von Gebäuden wegen der langen Investitionszyklen vorangetrieben werden.

● **CO₂-Abgabe:** Zu den volkswirtschaftlich bewährten Instrumenten, um Treibhausgase zu reduzieren, gehört die CO₂-Lenkungsabgabe auf Brennstoffe. Der Bundesrat will den Abgabesatz von heute 120 auf maximal 240 Franken pro Tonne CO₂ erhöhen. Die zusätzliche wirtschaftliche Belastung ist laut Bundesrat marginal. Die FDP lehnt eine Erhöhung ab. Es gebe weltweit keine höhere Emissionsabgabe, argumentiert die



Partei in der Vernehmlassung zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes. Im Gegensatz zum Bundesrat sieht die FDP hohe Kosten und Wettbewerbseinbussen für betroffene Unternehmen.

Die CVP hingegen steht zur CO₂-Abgabe auf Brennstoffe. Sie habe bereits Wirkung gezeigt. Die Grünen könnten sich vorstellen, zusätzlich einen Mindestpreis für Heizöl einzuführen, zum Beispiel 100 Franken pro 100 Liter. Ökonomen der Akademien der Wissenschaf-

ten sind der Ansicht, dass eine CO₂-Abgabe so lange erhöht werden muss, bis die Emissionsziele erreicht sind.

● **Heizungsverbot:** Gehen die Emissionen im Gebäudesektor nicht genügend zurück, behält sich der Bundesrat vor, ein Verbot für den Einbau oder Ersatz fossiler Heizungen zu erlassen. Für bürgerliche Parteien kommt dies einem Technologieverbot gleich, was abzulehnen sei.

Im Herbst überweist der Bundesrat die Botschaft zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes ans Parlament.

In Zahlen Emissionen

26 Prozent

Um so viel sind die Treibhausgas-Emissionen bei den Gebäuden gegenüber 1990 gesunken. Dieser Wert liegt über dem Zwischenziel. Dennoch relativiert das Bundesamt für Umwelt. Die Schwankungen von Jahr zu Jahr sind gross, weil der Heizbedarf abhängig vom Wetter im Winter ist. Das zeigt: Die fossilen Energieträger sind nach wie vor massgebend.

13 Prozent

Um diesen Betrag liegen die Emissionen über dem Wert von 1990. Zwar nehmen sie seit 2008 etwas ab, weil die Autos effizienter geworden sind. Dafür wird mehr gefahren.